

Gärtner-Zeitung

Organ des Verbandes der Gärtner und Gärtnerarbeiter, Sitz Berlin
Veröffentlichungsblatt der Gärtner-Krankenkasse (Ersatzkasse) Sitz Hamburg

Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 1,50 M.
vierteljährlich durch Streifband 1,80 M.

Schriftleitung: Berlin S 42, Luisenufer 1. Tel. Mpl. 3725
Postcheckkonto: Berlin 10301, Albert Lehmann

Erscheint alle 14 Tage Sonnabends

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Millimeterzeile 0,15 Goldmark. Bei Abschlüssen Rabatt, der nur als Kasserabatt gilt.
Verbandsmitglieder zahlen für Gelegenheits-Anzeigen pro Wort 0,10 Goldmark, das fettgedruckte Überschriftswort 0,30 Goldmark. Die Preise sind freibleibend.
Alleinige Anzeigenannahme durch Krieger-Dank G. m. b. H., Berlin SW 11, Königgrätzer Straße 97 Fernspr.: Nollendorf 3005 bis 3008. Postcheckkonto Berlin 47910.

Für die Zeit vom 13. bis 19. und 20. bis 26. Dezember ist der
50. und 51. Wochenbeitrag fällig.

Tarfbewegung in bayerischen Landschafts-, Erwerbs- und Staatsgärtnereien.

Im September fällte der Landesschlichter einen Schiedsspruch, wonach die Spitzenlöhne in allen Branchen um 3 Pf. erhöht wurden. Dies brachte den unteren Staffeln der Tarife nur eine Lohnerhöhung von 1 Pf. Damals begründeten die Arbeitgeber ihre Ablehnung in erster Linie mit der großen Konkurrenz zahlreicher Gartenbesitzer durch Verkauf von Schnittblumen. Bei Eintritt von Frost, der diese lästige Konkurrenz beseitige, werde die Geschäftslage stets besser. Dieser Zeitpunkt ist gekommen, nun sind natürlich wieder andere Ursachen an der angeblich schlechten Geschäftslage schuld. Wir werden es wohl bei Tarifverhandlungen niemals erleben, daß das Geschäft gut geht, obgleich man schon öfters nach Monaten erklärte: „Ja, damals ging das Geschäft noch einigermaßen, aber jetzt ist es aus.“

Wer seit 1918 fortwährend Tarifverhandlungen beigewohnt hat, wird ohne weiteres bestätigen, daß der vollständige Zusammenbruch der Gärtnerei von Jahr zu Jahr aufs neue prophezeit wurde. Und was haben wir in all den Jahren erlebt? Gewiß standen am Ende der Inflation viele Betriebe auf Bruch, andererseits hatte sich aber auch eine ganze Anzahl Betriebe während der Inflation gesund gemacht. Seit Anfang 1924 ist aber zweifellos eine ganz gewaltige Aufstiegsperiode zu verzeichnen. Zahlreiche Betriebe haben ihren Personalbestand wieder voll aufgefüllt, was angesichts der heutigen technischen Verbesserungen eine Überschreitung des Friedensstandes bedeutet. In der Vorkriegszeit wurden z. B. Topfpflanzen durchweg noch mit der Kanne gegossen, heute gießt ein Gehilfe mit dem Schlauch das, was früher 6—10 Mann mit der Kanne bearbeiteten. In den Gemüsegärtnereien ist man zu Regenanlagen übergegangen. Alle diese Neuanschaffungen ersparen aber nicht nur Arbeitszeit, sie kosten auch Geld. Nun sagt man uns immer wieder, diese Kapitalien würden ausschließlich durch Kredite beschafft. Das ist doch sehr merkwürdig! Vom Syndikus der Firma Späth-Berlin wurde mir vor einigen Jahren erklärt, daß Gärtnereien überhaupt keine Kredite erhielten, wenigstens nicht auf Pflanzenbestände. Wenn es nun einer Weltfirma, wie Späth, nicht möglich ist, Kredite zu bekommen, wie soll es dann einem kleinen Gärtnermeister gelingen, soviel Kredit zu erhalten, daß er 3—4 Gewächshäuser auf einmal bauen kann, obgleich die Zahlungsbedingungen der Gewächshausfabriken auch nicht gerade glänzend sind. Weiter kann nicht bestritten werden, daß gerade im letzten Jahr Anschaffungen über Anschaffungen an Maschinen aller Art, Transportautos usw. gemacht wurden. Wir begrüßen natürlich derartige Verbesserungen, sind aber nicht so dumm zu glauben, daß all diese Sachen nur durch Kredite beschafft werden konnten. Wenn ein Betrieb mit 3—4 Arbeitskräften ein Auto für 6—9000 M. kaufen kann, außerdem noch einige neue Gewächshäuser baut, dann müssen ganz wesentliche Betriebsüberschüsse vorhanden sein. Dergartig verbesserte Betriebe sind nun durchaus nicht selten.

Alles ist inzwischen teurer geworden. Der Preisabbau der Regierung Luther ist über die Ankündigung nicht hinaus gekommen. Als wir bei den Septemberverhandlungen diesbezügliche Befürchtungen aussprachen, wurden sie bestritten. Wir wiesen damals auf das Rundschreiben einer maßgebenden Lebensmittel-firma hin, worin den Vertretern empfohlen wurde, „die Kundschaft darauf aufmerksam zu machen, daß die Industrie garnicht an Preisabbau denke, die ganze Maßnahme sei nur ein Bluff der Regierung“. Unsere Arbeitgeber sind allerdings auf diese Ausführungen nicht eingegangen. Da die kommenden Wintermonate eine weitere Teuerung durch die Zölle bringen werden, hatten wir das

Septemberabkommen zum 31. Oktober gekündigt und neue Lohnforderungen ab 1. November eingereicht. Auch jetzt wurde von den Arbeitgebern jedes Zugeständnis abgelehnt, obwohl ja die gute Zeit, in der infolge des Erfrierens der Freiland-Schnittblumen das Geschäft wieder besser geht, da ist. Für diese Herren ist es auch nebensächlich, daß jetzt infolge mangelnder Ernährung und Fehlens der notwendigen warmen und wasserdichten Winterkleidung der Krankenstand unter den Gärtnern in geradezu erschreckender Weise zunimmt. Man brachte es sogar fertig zu erklären, daß dies überhaupt nicht in den Rahmen der Verhandlungen gehörte. Das Märchen von den „gewöhnheitsmäßigen Kranken“, „Drückbergern oder Kassenausnützern“ hat man allerdings diesmal infolge unseres stichhaltigen Materials nicht mehr aufzutischen gewagt.

In Verbindung mit dem ablehnenden Verhalten unserer Arbeitgeber möchten wir aber all den Kollegen, die sich im Laufe des Sommers noch für die Schutzzölle einfangen lassen wollten, eine Bemerkung des Landesvorsitzenden der bayerischen Arbeitgeber ins Gedächtnis zurückrufen. In einer zu diesem Zweck von einem hiesigen Lokalverein einberufenen Versammlung erklärte Bauberger-München sinngemäß: „Die gärtnerischen Arbeitnehmer dürfen bei der Beurteilung dieser für unseren Beruf so wichtigen Schutzollfrage vor allem nicht vergessen, daß Zölle höhere Einnahmen ergeben, die sich wieder in höheren Löhnen auswirken.“ Dem Unterzeichneten ist daher in dieser Versammlung noch der Vorwurf gemacht worden, daß seine Stellungnahme gegen die Schutzzölle kurzichtig wäre. Die Zölle sind da. Wir haben bei unseren Verhandlungen auch auf die Worte des Herrn Bauberger verwiesen, ein betretenes Schweigen auf der Gegenseite war die Antwort! Wie lange wird es noch Kollegen geben, die sich durch jede von den Arbeitgebern herausgegebene Parole irritieren lassen?

Da die Verhandlungen scheiterten, mußte der im Winter einzig mögliche Weg, Anrufung des Schlichters, beschritten werden. Am 11. November tagte das Schiedsgericht unter Vorsitz des stellvertretenden Landesschlichters Kurth. Folgender Schiedsspruch wurde gegen die Stimmen der Arbeitnehmerbeisitzer abgegeben:

1. Die Löhne in den bayerischen Erwerbsgärtnereien, Staatsgärtnereien und Landschaftsgärtnereien bleiben bis auf weiteres in der Höhe des Schiedsspruches vom 1. September 1925 erhalten.

2. Diese Regelung kann mit der tariflichen Frist erstmals zum 31. Januar 1926 gekündigt werden.

3. Zur Erklärung über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches wird eine Frist bis einschli. 18. November 1925 eingeräumt.

Gründe:

Für die in Betracht kommenden Arbeitnehmer hat am 1. September 1925 eine Lohnregelung stattgefunden, die zum 31. Oktober 1925 gekündigt worden war. Die Lage in den Gärtnereien ist zurzeit, wie in der Landwirtschaft, eine außerordentlich gespannte. Die allgemeine Kreditnot macht sich auch hier in gedrückter Verkaufsmöglichkeit geltend, die zum größten Teil zwingt, die Erzeugnisse der Gärtnerei zu Verlustpreisen abzusetzen. Diese Tatsache als auch der weitere Umstand, daß im Winter das Geschäft in den Gärtnereien an sich außerordentlich träge, durch die gegenwärtigen Verhältnisse aber besonders benachteiligt ist, gibt Anlaß, zu entscheiden wie geschehen.

In den Vorverhandlungen führten die Arbeitgeber gegen die Lohnerhöhung nur die niedrigen Gemüsepreise, insbesondere des Krauts, und den zurückgegangenen Index an. Im übrigen waren sie nicht in der Lage, unsere Beweisführung für eine Lohnerhöhung über Winter und ihre Tragfähigkeit zu entkräften.

Der Inhalt des Schiedsspruches und dessen Begründung muß jedoch unter die Lupe genommen werden. Wir möchten dazu an den Vorsitzenden des Schiedsgerichts nachstehende Fragen richten:

1. Welche Partei hat beantragt, die bestehenden Löhne noch bis zum 31. Januar zu verlängern?
2. Wer hat Ihnen den Nachweis erbracht, daß die Erzeugnisse der Gärtnerei zu Verlustpreisen abgesetzt werden müssen?
3. Wer hat Ihnen bewiesen, daß die Geschäftslage der Gärtnerei im Winter allgemein träge sei?

Dazu wollen wir noch feststellen:

Zu 1. Dieser Antrag ist von keiner Partei gestellt worden. Infolgedessen sprechen wir dem Vorsitzenden das Recht ab, in solch

bedeutungsvollen Angelegenheiten Bindungen festzulegen, die von keiner der Parteien auch nur irgendwie erwähnt sind.

Zu 2. Während der Parteiverhandlungen ist von den Arbeitgebern selbst zugegeben worden, daß die gärtnerischen Preise heute 100—300 Proz. über dem Friedensstand stehen. Dafür sind die hohen Gestehungskosten verantwortlich gemacht worden. Diese wirken sich aber nur in den Rohmaterialien, keinesfalls in den Löhnen aus. Nach den eigenen Angaben der Arbeitgeber liegen z. B. die Landschaftserlöse im Verhältnis zum Reichsindex heute nur um 6½ Pfg. über dem Friedensstand. Beide Parteien waren sich klar, daß der Index nicht den wirklichen Verhältnissen entspricht. Sollten Sie sich jedoch von den angeführten Gemüsepreisen haben leiten lassen, so wollen wir Sie noch darauf aufmerksam machen, daß der Unterzeichnete am Schluß ausdrücklich darauf verwies, daß die Mehrzahl der bayerischen Gärtnerarbeitennehmer in Topfpflanzenbetrieben beschäftigt ist, während die Gemüsegärtner mehr mit Familienangehörigen arbeiten.

Zu 3. Wollen wir Sie nur nochmals auf die oben schon erwähnte „Beweisführung“ der Arbeitgeber über die Besserung des Geschäfts beim Eintritt des Frostes hinweisen. Wir nehmen an, daß auch Sie, Herr Schlichter, schon etwas von dem Frost gespürt haben und seine Folgen kennen.

Zusammenfassend möchten wir sagen, daß Ihr Schiedsspruch von keinerlei Sachkenntnis getrübt ist und daß Sie unsere unwidersprochenen Argumente überhaupt nicht in Betracht gezogen haben, sonst wäre mindestens die Begründung des Schiedsspruches anders ausgefallen. Es nützt uns nichts, wenn Sie die Lage der Arbeitnehmer anerkennen, aber uns auf bessere Zeiten vertrösten. Ein hungriger Magen wird davon nicht satt, sondern gerät in Empörung. Zum Schluß wollen wir Ihnen noch mit aller Deutlichkeit sagen, daß das Vertrauen, das Ihnen die gärtnerischen Arbeitnehmer bisher noch entgegenbrachten, ebenso wie bei allen anderen bayrischen Arbeitnehmern vollständig zum Teufel ist!

Unsern Kollegen soll an dieser Stelle jedoch noch gesagt werden, daß sie nun endlich aus dem reaktionären Verhalten der Arbeitgeber die notwendigen Konsequenzen ziehen und endlich mit der Hoffnung auf die Schlichtungsausschüsse aufräumen. Diese werden euch nur etwas zusprechen, wenn die Lage allgemein günstig ist. Deshalb auch jetzt im Winter die Agitation nicht vergessen! Holt den letzten Unorganisierten heran, damit im Frühjahr der gute Rat des Schlichters: „die bessere Zeit auszunutzen“, befolgt werden kann.

Fr. Kirsche-München.

Die Staats- und Gemeindegärtneren werden abgebaut.

So will es eine Eingabe der Fachabteilung für Gärtnerei bei der Preussischen Hauptlandwirtschaftskammer, die am 8. Juni 1925 an das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft gerichtet ist. Die Eingabe lautet:

„Die Stadt- und Friedhofsgärtnereien und Baumschulen von Behörden der größeren Städte wie auch Botanische Gärten haben sich, um den für ihre Unterhaltung erforderlichen Zuschuß niedriger zu gestalten, in der Inflationszeit durch Beschluß der städtischen bzw. staatlichen Behörden auf den Verkauf von Pflanzen eingestellt. Diese Maßnahme war in der Zeit der Not durchaus verständlich, kann und darf jedoch heute als notwendig nicht mehr angesehen werden. Unter der Einwirkung dieser Einrichtung leiden nicht nur die städtischen Grünanlagen, sondern auch die Botanischen Gärten, welche der Belehrung dienen sollen. Aus naheliegenden Gründen muß deshalb verlangt werden, daß die betreffenden behördlichen Betriebe ihrem eigentlichen Zweck auf dem schnellsten Wege wieder zugeführt werden. Im besonderen ist dies erforderlich bei den Stadt- und Friedhofsgärtnereien, die nur der Verschönerung des Stadtbildes bzw. der Instandhaltung der Friedhöfe dienen sollen, zumal in Fachkreisen genügend bekannt ist, daß behördliche Betriebe teurer wirtschaften als Privatunternehmen, so daß die Heranzucht von Pflanzen zu Verkaufszwecken in behördlichen Betrieben auf Kosten der Steuerzahler geschieht, während dem Erwerbsgartenbau, der schwer um seine Existenz ringt, eine sehr empfindliche Konkurrenz gemacht wird.

Die Fachabteilung für Gärtnerei erachtet es daher für notwendig, daß die Verkaufseinrichtungen in den behördlichen, eigentlich anderen Zwecken dienen sollenden gärtnerischen Betrieben aus den angeführten Gründen schnellstens abgebaut werden; sie bittet im besonderen, den Botanischen Gärten die für ihren Betrieb erforderlichen Mittel wieder voll zur Verfügung zu stellen.

Gleichfalls bittet die Fachabteilung, daß die Landwirtschaftskammern veranlaßt werden, in ihren Bezirken die Guts-gärtnereien auf die großen Schäden hinzuweisen, die dem Erwerbsgartenbau durch die Unterbietung bei dem Verkauf von Produkten und Erzeugnissen entstehen.“

Der Kampf gegen die Gärtnereien der Gemeinde- und Staatsbetriebe wird von den Unternehmern schon lange geführt, aber so systematisch und energisch erst seit vorigem Jahr. Der Reichs-

verband für den deutschen Gartenbau hat zu diesem Zweck ein besonderes Ressort eingerichtet. Es ist deshalb dringend nötig, daß die Kollegen der Staats- und Gemeindegärtnereien sich gründlicher mit dieser Angelegenheit beschäftigen, denn wenn der Kampf der Unternehmer Erfolg hat — und das trifft zum Teil heute schon zu —, so ist nicht etwa die Existenz der Gartendirektoren und -inspektoren in Gefahr, sondern die der Gärtner und Gärtnerarbeiter.

Die Eingabe zeigt mit erfreulicher Deutlichkeit, daß den Unternehmern gar nichts an der Erhöhung der Produktion, Vermehrung der Sachgüter und damit Steigerung der Ausfuhr und des Volksvermögens gelegen ist. Sie und ihre getreuen Knechte, Syndici genannt, drehen sich nur um einen Punkt: „Profit“. Der Profit ist ihr Ideal, ihr Glaube und ihr Vaterland.

In der Eingabe selbst ist man vorsichtig. Man verlangt zunächst nur die Beseitigung des Verkaufs, um später weiter vorzustoßen, d. h. auch die Neuanlagen und Instandhaltungen der öffentlichen Anlagen für sich zu reklamieren. Örtlich wird das schon zum Teil verlangt und durchgeführt. In dieser Eingabe behauptet man ganz frei, daß behördliche Betriebe teurer arbeiten als private. Soweit dies der Fall ist — was nicht allgemein zutrifft —, ist die Frage nach dem Grund dieser Erscheinung zu stellen. Können die Garten-Bauern billiger arbeiten, dann nur, weil sie eine große Anzahl Lehrlinge als billige Arbeitskräfte beschäftigen und die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zum großen Teil ungeregt sind. Die Gemeinde- und Staatsgärtnereien sind fast noch die einzigen Stätten, wo unsere Kollegen unter einigermaßen erträglichen Verhältnissen ihr Brot finden.

Wehe aber den Unternehmern, wenn die Mehrzahl dieser Kollegen allmählich brotlos wird! Sie werden dann als kleine Landschaftler, Friedhofsgärtner usw. gefährliche Konkurrenten werden. Liegt das im Interesse der Gesundheit des Gartenbaues?

Die Behauptung, daß diese Betriebe Schmutzkonkurrenz, also Preisunterbietungen treiben, soll übrigens erst bewiesen werden. Unternehmereingaben sind dafür bekannt, daß sie fast nur Behauptungen, aber keine Beweise anführen. Hier kann es sich nur um Ausnahmefälle handeln. Soweit wir feststellen konnten, halten sich solche Betriebe streng an die Preisbestimmungen der Unternehmerorganisationen.

Es liegt übrigens im Interesse der Steuerzahler, daß öffentliche Betriebe ihren Etat durch eigene Einnahmen entlasten und nicht etwa überflüssige Ware auf den Komposthaufen werfen, wie es leider heute immer noch geschieht. Das bedeutet Vergeudung von Nationalvermögen, die sich ein armes Deutschland nicht leisten kann.

Der Beweis, daß Botanische Gärten Ware verkaufen, ist überhaupt nicht zu erbringen. Uns sind die wichtigsten Botanischen Gärten genau bekannt, und wir wissen, daß diese nicht einmal während der schlimmsten Inflationszeit Ware verkauft haben. Aber auf etwas Übertreibung mehr oder weniger kommt es den Unternehmern nicht an.

Sehr spaßig ist das Ersuchen, die Landwirtschaftskammern zu veranlassen, daß die Konkurrenz der Guts-gärtnereien aufgehoben habe. Die Guts-gärtner sind doch die Brüder der Garten-Bauern, die deren Interessen so warm und kollegial vertreten. Die Unternehmer sollen sich deshalb an die Gutsbesitzer direkt wenden, das wird vielleicht mehr Erfolg haben, als die Landwirtschaftskammern mit derartigen Dingen zu belasten, zumal sie auch gar nicht in der Lage sind, eine solche Konkurrenz zu unterbinden.

Bei dem ganzen Vorgang ist empörend, daß solche Eingaben die den Gartenbauausschüssen zur Begutachtung zugestellt werden, nicht auch den Arbeiterorganisationen zur Begutachtung zugeleitet werden. Dadurch, daß das Ministerium solche Eingaben nur an die Gartenbauausschüsse und Landwirtschaftskammern sendet, kommt es natürlich zu einem Votum, das selbstverständlich nur einseitig und parteiisch sein kann. Nicht nur die Arbeitgeber, sondern auch die Arbeitnehmer und die Betriebsleitungen der Staats- und Gemeindegärtnereien müßten hier gehört werden.

Dieser Vorgang zeigt wieder deutlich, wie dringend notwendig es ist, daß wir Bezirkswirtschaftsräte und die paritätische Vertretung in den öffentlich-rechtlichen Berufsvertretungen erhalten.

Für die Kollegen der Staats- und Gemeindebetriebe ist es höchste Zeit, daß sie zu dieser Angelegenheit Stellung nehmen, um den Schlag zu parieren. Sind erst Beschlüsse gefaßt, dann ist es zu spät. Die Kollegen der öffentlichen Betriebe dürfen sich nicht nur mit Tariffragen, sondern müssen sich auch mit der Wirtschaft ihres Betriebes, in dem sie tätig sind, beschäftigen. Es handelt sich hier um die Existenz von tausenden von Familienvätern!

Zum Kapitel „Fachvereine“.

Bayern, im November 1925.

Lieber Glosif!

In Nr. 20 der „A. D. G.-Ztg.“ vom 4. Oktober 1924 brachtest Du einen schönen Artikel „Wie ein ‚Edelweiß‘ wieder zum ‚Blühen und

Gedeihen kam". An diesen wurde ich anlässlich des Stiftungsfestes eines hiesigen Lokalvereins wieder erinnert. Da ich Dich nicht persönlich kenne, aber annehme, daß Dich wohl derartige Vorgänge interessieren, wähle ich diesen Weg, um Dir einiges davon zu erzählen.

Schon seit Wochen hat mir mein Arbeitskollege von diesem Stiftungsfest etwas vorgeschwärmt. Nachdem kam er ganz freudestrahlend an und berichtete mir davon. Sehr schön sei es gewesen, die Herren Arbeitgeber waren in großer Zahl vertreten, auch die Dekoration, die natürlich von den Herren Arbeitgebern zum größten Teil gratis geliefert wurde, sei schön gewesen. Kurz und gut nach seiner Schilderung: Voller Saal, guter Verlauf und alles in schönster Harmonie! Als ich so nebenher bemerkte, da sei wohl auch ein schöner Überschuss erzielt worden, wurde er auf einmal ganz betrübt und antwortete mit nein. Ja, wenn Ihr doch einen solch hohen Eintrittspreis verlangt habt, mußte doch bei gutem Besuch etwas überbleiben, war meine Gegenfrage. Und nun erzählte er mir, daß der Verein fast mehr Ehrenmitglieder (Gärtnermeister und höhere Gartenbeamte) als Mitglieder habe, und diese hätten nebst ihren Frauen keinen Eintritt bezahlt, weiter sei ein Gesangsverein dagewesen, der ebenfalls keinen Eintritt bezahlt hat und so noch eine ganze Reihe anderer Personen. Man habe diesen Leuten wohl die besten Plätze eingeräumt, es sei deshalb sogar fast zu Streitigkeiten gekommen. Die Ehrenmitglieder hätten wohl für einen besonderen Festfonds gezeichnet, aber dabei seien auch nur rund 40 M. zusammen gekommen. Man wisse noch nicht genau, ob ein Defizit vorhanden sei, da noch nicht alle Rechnungen rein sind, hoffentlich gehe es noch so vorüber, da sonst die Vereinskasse wieder bluten müsse. Der großen Festesfreude meines jungen Freundes, der auch an den Vorbereitungen des Festes mit einem kaum zu überreichenden Eifer mitgeholfen hatte, war also sehr schnell eine tiefe Niedergeschlagenheit gefolgt. Das machte mich doch bedenklich. Ich mußte an den Bericht unseres Gauleiters in der letzten Versammlung denken, wonach die Arbeitgeber wegen schlechter Geschäftsage jede Lohnerhöhung abgelehnt haben, und warf nach dieser Erinnerung die Frage auf, warum wohl die Meister derartige Mengen von Blumen verschenken, wie dies anlässlich des Festes geschehen sei, wenn es ihnen so schlecht geht, daß sie uns angeblich keine besseren Löhne zahlen können. Er konnte mir hierbei wohl nicht ganz folgen, da er die Zusammenhänge noch nicht ganz erfaßte, aber nachdenklich ist er dabei doch geworden. Hoffentlich merkt er etwas.

Aber nun, mein lieber GIoiffi, noch etwas für Dich. Bei obigem Fest hat man 1.50 M. Eintritt verlangt, außerdem waren noch so kleine Nebengebühren fällig, wie Garderobe, Programm usw., jedenfalls hat der ganze Kram zusammen so über 2 M. gemacht. Jedenfalls ein ganz annehmbarer Betrag für einen Gärtnergehilfen bei unserem heutigen Einkommen. Die Ehrenmitglieder hingegen — wohl ungefähr 50—60, wie ich hörte — haben den „riesigen“ Betrag von rund 40 M. für den Festfonds gezeichnet. Wenn einer davon spendabel war, ist ja das Ergebnis für die übrigen noch beschämender.

Viel braucht man dazu nicht zu sagen, es ist eben wie überall, der Prolet muß zahlen. Ein etwa entstehendes Defizit dürfen selbstverständlich auch die Mitglieder aus ihren Beiträgen decken, denn die Ehrenmitglieder zahlen auch keinen regulären Beitrag. So sieht also das gute Verhältnis in diesen Harmonievereinen aus wo angeblich das „gute Einvernehmen“ zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gepflegt wird. Dabei kriechen diese armseligen Knechtsnaturen fast vor Ehrfurcht auf dem Bauch, wenn ihnen der Herr Gärtnermeister oder gar der Herr Garteninspektor recht „kollegial“ die Hand drückt. Interessieren wird Dich auch noch, daß sich einige ganze übereifrige Vorstandsmitglieder 2. und 3. Ranges Rückerkatverkrümmungen zugezogen haben sollen, da der steife Krauterbuckel die tiefen Verbengungen die nun einmal bei solchen Gelegenheiten gemacht werden müssen, doch nicht gewohnt ist.

Bisher bin ich persönlich nie zu solchen Veranstaltungen gegangen, da mich das Geld duert, das nächstmal werde ich aber der Wissenschaft halber doch hinzehen, um Dir noch näher berichten zu können, wenn es Dich interessiert. Für eine Mitteilung hierüber würde ich Dir recht dankbar sein.

In alter koll. Treue

Dein Sixtus.

N.B. Eins will ich Dir noch sagen, ich habe mir für das Geld, was meine Kollegen anlässlich des Festes ausgegeben haben bei meinem Kassierer eine Reisesparkarte mit einigen Marken zugelegt, um nächstes Jahr den Gärtnerstag in Dresden mit besuchen zu können. Ich glaube diese Kapitalsanlage ist rentabler. Hoffentlich bist auch Du in Dresden bei dieser Gelegenheit anwesend, würde mich freuen, Dich dort kennen zu lernen.

Mein lieber Sixtus!

Ich dank Dir schön für Deinen Brief, den mir da unser Redakteur vor dem Abdruck freundlichst zugestellt hatte. Daß Dich dieser Ehrenmitglieder-Rummel so arg verwundert, zeigt mir, daß auch Dir die Zusammenhänge noch nicht alle ganz klar sind. Schau, die Sach' ist doch so: Wären die Ehrenmitglieder nicht, dann wär' auch der ganze schöne Lokalverein nicht oder doch bloß 'n Dreck. Die Ehrenmitglieder sind diejenigen, die dafür sorgen, daß der Ver-

ein zahlende Mitglieder hat. Also je mehr Ehrenmitglieder, desto mehr auch zahlende. Um Dir das noch besser verständlich zu machen, will ich ein eigenes Erlebnis zum besten geben.

Als unser Verband noch der „blaue“ Allgemeine deutsche Gärtnerverein war, da hatten seine Zweigvereine auch noch so schön klingende Namen, wie: *Bellis perennis*, *Folia et Flora*, *Vergißmeinnicht* und natürlich auch „Ehrenmitglieder“. Da landete ich als junger Bursche mal in Spandau, wo unser Zweigverein mit seinem Dutzend Mitglieder den stolzen Namen „Phönix“ trug und auch bereits fünf Ehrenmitglieder hatte. Da Spandau sonst keine gärtnerischen Größen aufwies, Ehrenmitglieder aber doch sein mußten, hatte man einige Handelskrauter dazu erkoren. Eines Sonntags nachmittags besuche ich den Gehilfen des Ehrenmitgliedes Wolff und fand diesen noch bei der schönsten Arbeit. Ich hatte kaum meiner Verwunderung darüber Ausdruck gegeben, da stürzte auch schon unser Ehrenmitglied auf mich los und brüllte mich wutschnaubend an: „Wenn du Lummel nicht gleich machst, daß du rauskommst, dann trete ich dir in den Hintern, daß du Aas das Genick brichst.“ Dieser so freundlichen Aufforderung mußte ich wohl oder übel Folge leisten, beantwortete sie freilich, außerhalb des Tores angelangt, mit der bekannten Einladung des Götz von Berlichingen.

Doch dieser sonntägliche Besuch hatte auch für unseren „Phönix“ schlimme Folgen. Unserer nächsten Versammlung lag ein geharnischtes Schreiben des edlen Krauters vor, daß er einem von solchem Hetzer geleiteten Vereine nicht mehr als „Ehrenmitglied angehören könne und auch seinem Gehilfen die Mitgliedschaft verboten habe. Bis zur nächsten Sitzung waren auch alle anderen Ehrenmitglieder diesem Beispiel gefolgt. Doch unseren „Phönix“ haben sie nicht kaputt gekriegt. Dieser Anschauungsunterricht hat damals allen Kollegen die Augen geöffnet und hat mit dazu beigetragen, daß sie endlich Gewerkschaftler wurden.

Wenn nun von den Mitgliedern Eures Lokalvereins das Wesen dieser Ehrenmitgliedschaften noch nicht erkannt worden ist, so kannst Du, mein lieber Sixtus, aber versichert sein, daß dessen Vorstand sich darüber im klaren ist. Und so stellt die kostenlose Teilnahme und die Verherrlichung der Ehrenmitglieder nichts anderes dar als einen selbstverständlichen Akt der Dankbarkeit für das „Wohlwollen“, dem solche Vereine lediglich ihr Dasein verdanken. Daß solches Wohlwollen die Ehrenmitglieder auch Geld kostet, kannst Du an den Aufwendungen ermesen, die in letzter Zeit unsere Gartenbauern der Junggärtner-Bewegung zukommen lassen, womit sie wieder dem Beispiel und den Anweisungen des agrarischen „Landbunds“, dem sie nahestehen, folgen.

Aber diese Gelder werden gern gecopfert, solange man weiß, daß lokale „Fachvereine“ deren wucherische Verzinsung in Gestalt niedriger Löhne und langer unbezahlter Arbeitszeit garantieren.

Dein GIoiffi.

Die Anlageneifer der Landschaftsgärtnerei als Austauschware.

Im „Deutschen Garten-Architekt“ vom 1. November d. J. beschäftigt man sich mit einer Personal-Austausch-Stelle im Rahmen des Bundes Deutscher Garten-Architekten. Herr M. Womacka, Einsiedler bei Chemnitz, legt dar, daß über die Qualität der technischen und gärtnerischen Hilfsarbeiter meist mit Recht Klage geführt wird. Schuld des Übelstandes sei mangelhafte Ausbildung, Interessenlosigkeit usw., aber sehr viel Schuld trage der öftere Wechsel des Personals. Der Wechsel an sich liege in der Natur der Branche, woran sich nicht viel ändern lasse. Aber für die gegenwärtigen Verhältnisse, wo man auch gutes Personal entlassen müßte, das dann zu einem Teil dem Beruf völlig verloren ginge, solle eine Änderung geschaffen werden. Er beschäftigt sich dann eingehend mit den Mißständen beim technischen Personal, auf die wir hier nicht eingehen wollen, weil das Sache der Techniker-Organisationen ist.

Bei dem gärtnerischen Personal sei die Sache noch schlimmer: ausgebildetes, selbständiges Personal, besonders bei den Anlageneifern, vergleichbar mit den Policen des Baugewerbes, sei sehr selten. Es müsse deshalb möglichst dem Beruf erhalten bleiben. Das sei möglich, wenn ein Austausch dieses guten Personals zwischen den einzelnen Betrieben und Orten herbeigeführt werden würde. Dazu sei die Austauschstelle unter seiner Leitung geschaffen. Sie soll erstens den Bedarf an gutem Personal decken zweitens soll sie demjenigen, der gezwungen ist, seine Leute zu entlassen, ermöglichen, sie dem Beruf zu erhalten drittens soll sie für bestimmte Fälle (Ausstellungen usw.) Leute aus-hergeben. Er entwirft dann ein Schema für Nachfrage und Angebot, worin Name Stellung Ausbildungsort, besondere Fähigkeiten, Familienverhältnisse der Angestellten und Angabe, ob Wiederkehr der Arbeitskraft erwünscht ist, anzugeben ist. Hauptbedingung soll sein, daß nur arbeitswilliges, verlässliches Personal ausgetauscht wird.

Für den Bund der Garten-Architekten scheinen unsere Landschaftskollegen also nur eine Warengattung zu sein, die man je nach Qualität registriert und empfiehlt. Das Personal selbst hat nichts zu sagen, ob es ausgetauscht sein will, es wird nur als Objekt behandelt. Die Garten-Architekten scheinen gar nicht zu wissen, daß gerade in der Landschaftsbranche die beste gewerkschaftliche Organisation besteht, die bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ein gewichtiges Wort mitzureden hat, mindestens so viel, wie der Bund der Garten-Architekten bei dieser Angelegenheit. Das möchten wir diesen Herren einmal in Erinnerung bringen.

Es scheint übrigens eine recht sonderbare Überheblichkeit, mindestens eine recht eigenartige Ausdrucksweise in den Kreisen der Garten-Architekten üblich zu sein. So wird in dem Leitartikel derselben Zeitung von dem „Hausierertum der entlassenen Gärtnergehilfen“ gesprochen, die dem wirklichen Garten-Architekten gefährliche Konkurrenz machen sollen. Es ist für den arbeitslosen Landschaftler bitter genug, wenn er — um die nackte Existenz für sich und seine Familie zu retten — darauf angewiesen ist, selbst krautern zu müssen. Die Not und vor allen Dingen die elenden Berufsverhältnisse sind schuld an diesen traurigen Dingen, und die Schuld an diesen elenden Berufsverhältnissen tragen allein die Unternehmer aller Branchen. Es sähe damit noch viel schlimmer aus, wenn die jahrzehntelange gewerkschaftliche Arbeit unseres Verbandes nicht allmählich mit den schlimmsten Zuständen aufgeräumt hätte.

Es ist verständlich, wenn bei solcher geistigen Einstellung der Garten-Architekten das „Hausierertum entlassener Gärtnergehilfen“ als Mittel zum Austausch für den neuen Arbeitsnachweis des Herrn W o m a c k a in Einsiedel betrachtet wird.

Diese Rechnung ist ohne uns gemacht, und deshalb wird sein Schema tot bleiben, ohne all die anderen Gründe, die anscheinend ganz übersehen sind.

Karl Hartner, Kunst- und Handelsgärtner, München-Schwabing

ist einer von den wenigen Firmeninhabern, die noch etwas auf „Zunft“ halten. Von dem Zug der neuen Zeit, wonach sich jede Firma als „Gartenbaubetrieb“ bezeichnen muß, ist Herr Hartner nicht berührt worden. Genau so ist ihm aber alles andere, was sich in den letzten Jahren ereignet hat, verhaßt, vor allem die Tarifverträge der gärtnerischen Arbeitnehmer.

Kennst du die Firma? Frage einen Münchener Gehilfen, dann wirst du zur Antwort bekommen: „Mir gangst, mir wär's gnuu, wenn i den Nama bloß hör, na g'lang i' scho“. Und warum? Herr Hartner ist ein Feind alles Neuzeitlichen, Knochenmühle 1. Grades! Bezahlte 20—30 Proz. unter den abgeschlossenen Tariflöhnen. Keine Münchener Firma braucht das Jahr über soviel Gehilfen wie die Firma Hartner. Es muß einer schon vollständig in Bruch sein, um dort anzufangen, oder er kommt von auswärts. Aus diesem Grunde wollen wir die dortigen Verhältnisse etwas kennzeichnen, um auswärtige Gehilfen zu warnen. Herr Hartner hat nämlich noch eine andere, besonders „gute Eigenschaft“, er ist ziemlich „schlagfertig“. Mancher Gehilfe hat schon seine lockere Hand verspürt. Allerdings soll er bei Ausübung dieser Tätigkeit auch schon öfters an den Unrechten gekommen sein. Hin und wieder zahlt er doch den Tarif, aber nur dann, wenn er ganz besonders im Druck ist, oder wenn er Gehilfen hat, die gleich bei Antritt des Arbeitsverhältnisses darauf bestehen. Schuld an diesen Zuständen, die übrigens nicht allein bei Hartner vorkommen, sind also meist die Kollegen selbst, indem sie die Arbeit zu jedem Lohn annehmen.

Wir haben Hartner in diesem Jahre schon einigemal vor den Kadi zitieren müssen. Hier ist der Firma immer gezeigt worden, daß organisierte Gehilfen durch ihren Verband zu ihrem Recht kommen, die Firma hat in jedem Falle zahlen müssen. Es soll aber noch auf eine andere Sache hingewiesen werden. Bei fast allen Streitigkeiten, die wir vor Gericht oder vor den tariflichen Einigungsausschüssen auszutragen haben, können wir immer wieder feststellen, daß Kollegen, die sich auf diesem Wege ihr Recht suchen, von ihrem Arbeitgeber als ganz mangelhafte Arbeitskräfte hingestellt oder auch sonst in das schlechteste Licht gerückt werden, um zu beweisen, daß sie nicht mehr verdient hätten. Herr Hartner ist auf diesem Gebiete Spezialist. Dummi, faul, überhaupt keine fachlichen Kenntnisse, ist das Geringste, was er den Leuten nachsagt. Im Frühjahr kam ein junger Gehilfe, an dem Hartner mal wieder seine „Schlagfertigkeit“ gezeigt hatte, zu uns. Als wir H. zur Rede stellten, erklärte er — wir entnehmen hier seinem reichhaltigen Wortschatz auf diesem Gebiet den mildesten Ausdruck: „Einen solchen ‚Vagabunden‘ habe er bisher überhaupt noch nicht gehabt, wie es dieser Mann sei.“ In gleicher Form verfährt er vor dem Kadi, obwohl ihm diese Ausdrucksweise schon manche Rüge des Kadis eingetragen hat. Um nun vor Gericht die Aussagen des Herrn Hartner einmal in das richtige Licht zu stellen, haben wir uns von dem jetzigen Chef des oben erwähnten Kol-

legen ein Gutachten über dessen Leistungen und Führung besorgt. Dabei soll unterstrichen werden, daß der „Vagabund“ direkt von Hartner aus auf seine jetzige Stelle gekommen ist. Das Gutachten lautet:

Abschrift!

Herrn
Fritz Kirsche,

D., 26. Okt. 1925.

München.

„Durch Schreiben vom 24. Oktober erbitten Sie von mir eine Auskunft über den bei mir beschäftigten Gärtnergehilfen M. L. Ihre Bitte erfülle ich hiermit gern.

L. ist seit 28. März 1925 hier beschäftigt. Ich kann mit gutem Gewissen sagen, daß ich mit ihm in jeder Beziehung sehr zufrieden bin. In fachlicher Beziehung leistet er trotz seiner Jugend — er steht im Anfang des zweiten Gehilfenjahres — mehr, als ich erwartet habe. Besonderes Lob muß ich seinem Fleiß und überhaupt seinen allgemeinen Arbeitsleistungen zollen. Er verrichtet seine Arbeit flink und gut, hat sich auch noch nie geweigert, Überstunden oder, wie es einigemal notwendig wurde, den ganzen Tag Sonntagsarbeit zu leisten. Ich bin deshalb auch schon dazu übergegangen, ihn zu meiner Entlastung als sozusagen Vorarbeiter zeitweise einer Frauenkolonne zuzuteilen. Das werden Sie ganz richtig als Zeichen seiner Verlässlichkeit ansehen. L.'s sonstiges Verhalten ist dementsprechend auch sehr gut. Mir hat er jedenfalls bis heute noch keinen Anlaß zur Klage gegeben. Meine Zufriedenheit dokumentiere ich am besten dadurch, daß ich ihn über Winter beschäftigen werde, was ich im gegenteiligen Falle nicht tun könnte.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

gez. N.“

Jeder Kommentar hierzu ist überflüssig.

Wir haben Herrn Hartner anlässlich der letzten Verhandlung schon versichert, daß er, wenn in dieser Beziehung keine Änderung in seinem Betriebe eintritt, wohl Stammgast vor dem Gericht werde. Da hat er versichert, sich nunmehr zu ändern, so daß wir ihn nicht mehr vor den Kadi zu holen brauchen. Warten wir also ab. Wir haben noch besseres Material zur Verfügung, für heute soll dies genügen.

Unsere Kollegen möchten wir in Verbindung hiermit noch sagen: Achtet auf diese Betriebe, klärt die dort beschäftigten Kollegen auf, wie sie um ihren Lohn gebracht werden. Rechnet ihnen vor, was rentabler ist, entweder je Woche einen Stundenlohn als Verbandsbeitrag zu zahlen, oder dem Arbeitgeber 10—20 Stundenlöhne wöchentlich zu schenken. Bruchbetriebe sind die Totengräber des Tarifgedankens. Restlose Durchführung der abgeschlossenen Tarife ist die erste Voraussetzung für neue Erfolge. Darum kümmert Euch auch darum, was in anderen Betrieben vor sich geht.

Fr. Kirsche, München.

Erziehungskünste der Danziger Unternehmer.

In der heutigen Nummer der „A. D. G.-Ztg.“ befindet sich eine Bekanntmachung unserer dortigen Ortsverwaltung, aus der sich ergibt, daß es ihnen gelungen ist, eine Fachschule ins Leben zu rufen, zu der der Senat den Unterrichtsraum, die Heizung und das Licht kostenlos zur Verfügung stellt, während es ihm nicht möglich war, das Unternehmen mit Geld zu unterstützen, weil die Mittel dazu fehlen.

Welch beschämende Rolle aber die dortigen Unternehmer dabei gespielt haben, sei hiermit der Öffentlichkeit preisgegeben.

Auf den Antrag unserer Verwaltung, eine Fachfortbildungsschule für Lehrlinge einzurichten, antworteten die Danziger Gartenbauern mit einem sechs Seiten langen Schreiben, in dem sie nachzuweisen versuchten, daß für die Gärtnerei kein Fortbildungsschulzwang bestehe, weil sie zur Landwirtschaft gehöre. Man sollte es im 20. Jahrhundert einfach nicht für möglich halten, daß irgendwer eine Gelegenheit zur geistigen Weiterbildung damit ablehnt, daß er zur Landwirtschaft gehöre. Merkt man denn gar nicht, wie man diesen Beruf in den Kot zieht und sich selbst blamiert? Oder lehnt man die Schule etwa ab, weil man befürchtet, nach ihrem Besuch nicht mehr die größten Kartoffeln zu haben? Selbst wenn kein gesetzlicher Zwang bestände, müßten gerade die Gärtner, die doch an und für sich in der „Gesellschaft“ nicht als voll angesehen werden, alles daran setzen, den Geruch der Dummheit und des Vernageltseins so schnell als möglich loszuwerden. Aber weit gefehlt! Denn sie schreiben ferner noch, daß sie es nicht verantworten könnten, Lehrlinge während der Arbeitszeit (!) in die Schule zu schicken. Man merkt also schon hier die tieferen Gründe der Zurückhaltung und staunt, warum die Gartenbauern sich überhaupt noch über ihre eigene Bedeutungslosigkeit im Wirtschaftsleben wundern.

Ihre ganze Selbstlosigkeit enthüllen sie aber im Schluß des Briefes. Dort erklären sie sich nämlich „trotz aller Bedenken“ doch noch bereit, die Lehrlinge in den Wintermonaten zu unterrichten — wenn der Senat ihnen 1200 Gulden zur Verfügung stellt!!

Wie man diese verwenden will, ist äußerst interessant: Man verlangt nämlich für einen unterrichtenden Arbeitgeber sechs Gulden je Stunde, während ein Fortbildungsschullehrer nur fünf Gulden erhält! Weiter berechnen sie das von ihnen gestellte Unterrichtszimmer ebenfalls mit 20 Gulden. Sie wollen demnach in keiner Schule, sondern in irgend einer Gärtnerei „unterrichten“, d. h. verdienen!

Das Gemeinste ist aber, daß sie nur 30 Lehrlingen die Wohltat der Schule zuteil werden lassen wollen. Man will also anscheinend nur die „Besten“, d. h. Unternehmersöhnchen, Hakenkreuzler u. dgl. fortbilden, alle anderen aber so dumm wie möglich halten, um dann heuchlerisch über mangelnde Leistungsfähigkeit der Junggehilfen schimpfen und ihre tarifliche Entlohnung ablehnen zu können.

Es ist, kurz gesagt, empörend, sich mit solchen Leuten noch herumschlagen zu müssen. Aber weshalb? Weil unsere Kollegen nur die Faust in der Tasche halten, sonst aber Schindluder mit sich treiben lassen. Würden alle, Mann für Mann, voller Stolz die entwürdigenden Zumutungen der Unternehmer ablehnen, dann könnte diesen der Kamm nicht so schwellen. Man glaubt, durch Feigheit und Maulhalten seine Stellung zu sichern, in Wirklichkeit untergräbt man sie aber, denn mit solchem Menschenmaterial pflegen die Unternehmer nicht viel Federlesens zu machen, denn sie wissen, daß sie ihm alles bieten können.

Deshalb freuen wir uns, daß die Danziger Kollegen sich ihre Schule erkämpft haben, denn Bildung macht frei!

Nochmals die Genossenschaftsgärtnerei.

Als Kollege Reetz in Nr. 20 der „A. D. G.-Ztg.“ die Errichtung von Verbandsgärtnereien auf genossenschaftlicher Grundlage erörterte, sagten wir in einer Nachschrift, daß die erste Voraussetzung dafür die Gewinnung solcher Genossen wäre, die wirklich in der Lage sind, die erforderlichen Stammanteile in voller Höhe einzuzahlen. Zu niedriges Betriebskapital oder teelöffelweises Einzahlen der Anteile verurteilt ein solches Unternehmen von vornherein zum aussichtslosen Dahinvegetieren und schließlich zum Zusammenbruch, wobei dann obendrein die Genossen oder Gesellschafter noch mit ihrer Haftsomme in Anspruch genommen werden, also doppelt die Leidtragenden sind. Solche Fehlschläge bringen dann leicht den ganzen, an sich so gesunden, Gedanken in Verruf, schaden demnach mehr, als sie nützen. Deshalb kann der Verband seine Zustimmung oder Mitwirkung für solche Gründungen nur dann in Aussicht stellen, wenn die Geldfrage auf seiten der Gründer in ausreichendem Maße geklärt ist.

Wie recht wir damit hatten, wird neuerdings wieder durch ein Gespräch mehrerer Siedlungs- und Genossenschaftstheoretiker im Potsdamer Vorortzug bewiesen, das uns besonders interessierte, weil dabei auch die „Deutsche Eiche“, das so bombastisch gelobte Genossenschaftsunternehmen des schwarzgelben Gärtnerverbandes, eine besondere Rolle spielte.

Aus der lebhaften Debatte, an der wir uns zuletzt inkognito beteiligten, wollen wir einige interessante Einzelheiten wiedergeben, weil sie auf genauer Kenntnis des betr. Betriebes beruhen und äußerst lehrreich sind.

Also, die Gärtnerei „Deutsche Eiche“ befindet sich in der Gegend von Babelsberg. Beschäftigt sind zwei Mann. Der erste davon, Herr Göbel, war bisher auf Rügen und ist auch Mitglied des Reichsverbandes des deutschen Gartenbaues. Das lange, schmale Pachtgrundstück ist 7 Morgen groß und besteht aus echt märkischem Sand, der mit einer schwachen Grasnarbe bedeckt ist. Ein Morgen ist in diesem Jahr mit Erdbeeren bepflanzt, alles andere liegt wüst. Stiefmütterchen und Nelken sind so vom Unkraut überwuchert, daß man sie von diesem nicht unterscheiden kann. Für Dung hat man 400 M., für Wasserleitung 1000 M. ausgegeben. Ein kleines Gewächshaus, das sich an das Wohnhaus anlehnt und 800 M. kostet, obgleich es nur eine Kanalheizung besitzt, beherbergt etwa 20 Cinerarien, 50 Pelargonien und einige Dahlienknollen. Außerdem sind noch eine Karre, mehrere Gießkannen und ein Windmotor vorhanden. Einige Obstbäume in verkrüppeltem Zustand lassen auf die große Unfruchtbarkeit des Bodens schließen.

Im übrigen lehre der verwahrloste Zustand des Grundstückes, daß kein genügendes Betriebskapital vorhanden ist und der Betrieb wahrscheinlich nur mit Zuschüssen des schwarzgelben Verbandes lebt.

Aus diesem Grunde erscheint es uns auch merkwürdig, daß der Betriebsleiter Göbel sich darüber beklagt hat, daß die Unternehmer, deren Verband er doch auch noch angehört, ihm Schmutzkonkurrenz vorwerfen. Wenn ein Betrieb nach einer Bewirtschaftung von 14 Monaten nicht anders aussieht, braucht wahrhaftig niemand seinen Wettbewerb zu fürchten. Wir glauben auch nicht, daß der geplante Betrieb gemischter Kulturen und landwirtschaftliche Betätigung hierin Änderung schaffen, denn es kommt nicht nur darauf an, ein Grundstück zu besitzen, sondern die Hauptsache ist seine günstige Beschaffenheit für gärtnerische Kulturen, also die Bonität. Aus einer Wüste läßt sich eben ohne viel Geld keine Oase schaffen.

Damit ist für uns die Geschichte erledigt, und wir begreifen nunmehr erst recht nicht, warum die schwarz-gelbe Gärtnerzeitung Nr. 18 aus unserem Artikel über die Handelsgeschäfte ihrer Breslauer Filiale ausgerechnet nur den Schlußabsatz über die „Deutsche Eiche“ herausgriff und uns bewußte Entstellung unterschoob, während sie den allergrößten Teil jener Abhandlung, in der wir die zunehmende Versumpfung der schwarz-gelben Organisation an unantastbarem Material aufgezeigt hatten, völlig totschwieg. Oder sollte doch noch so etwas wie Schuldbewußtsein und Schamgefühl dabei mitspielen?

Von der Not unserer Garten-Bauern.

Zu den Spezialitäten unserer Garten-Bauern gehört beständiges Stöhnen über ihre Lage. Es kann zugegeben werden, daß es eine ganze Anzahl Unternehmer gibt, die mangels jeglichen Betriebskapitals bei der „Gründung“ ihrer Betriebe nur von der Hand in den Mund leben und eines schönen Tages ihre Bruchkrauterei zumachen. Darüber braucht man aber nicht böse zu sein, denn solche „Unternehmungen“ sind — volkswirtschaftlich betrachtet — widersinnig. Von einer rationalen Produktion kann nämlich dort gar keine Rede sein, sie können nicht konkurrieren und werden bald von den Großbetrieben an die Wand gedrückt oder aufgesaugt.

Über diese natürliche Tendenz des Kapitalismus haben wir schon oft geschrieben. Heute wollen wir nur erneut beweisen, daß diese Theorie fast täglich in der Praxis ihren Ausdruck findet. Die Gärtnerei G. Wien in Wedel (Holst.) z. B. baut ein neues Gewächshaus von 10×30 m, die Firma Schädendorf, ebendort, fügte ihren schon vorhandenen Häusern gleichfalls ein solches von 6,50×25 m hinzu. Auch die kürzlich etwas umgestellte Gartenbauzentrale G. m. b. H. in Breslau hat, um dem sich ständig vergrößernden Geschäftsbetrieb Rechnung zu tragen, inmitten der Stadt ein 40 m langes Gewächshaus errichtet. Berthold Graetz-Köln baute einen neuen Häuserblock von 54×18 m, M. Bubser, Nelkenkulturen, Weimar, ein Haus von 62×10 m, Aug. Holz-Weimar einen ganzen Block von 18×51 m, Georg Häbler-Markkleeberg zwei Blocks von 12×27 m für Schnittblumen, Gust. Wolf-Leipzig-Eu. einen Block von 23×25 m und ein Verbindungshaus von 28 m Länge. Auch die Baumschule H. Rosenthal in Rötha legte sich einige Gewächshäuser in Beton und große Überwinterungs- bzw. Verpackungsräume zu. Die Firma A. Meischke-Dresden-Laubegast baute 10 neue Gewächshäuser, Hoff, vorm. Haubold, ebendort, ein Verbindungshaus und 10 Gewächshäuser à 35 m. Möll-Berlin-Borgsdorf einen Block von 35×100 m; Ziegenbalg-Dresden-Leuben hat einen riesigen Packschuppen errichtet, in dem Lorbeer und Phönix überwintert werden. Dahmann-Münster baute einen Block von 5 Häusern à 35×40 m. Stoffregen-Dortmund erbaute ebenfalls mehrere neue Häuser in Eisenbeton. Schnek in Fellbach erstellte 5 Häuser für Nelkenkulturen, auch die Liegnitzer Gärtnerei ist nach einem Bericht in der „Schlesischen Gärtnerbörse“ kräftig fortgeschritten. Fr. Eichhorn in Friedberg (Hessen) legte sich sogar einen Gemüsetreibhausblock von 1000 qm zu, ebenso haben die Gemüsezüchter Knorr und Schachtebek in Mainz-Kastell nach Straelener Muster einen Morgen unter Glas gebracht, und der Handelsgärtner Lange in Königsberg (Pr.) hat seinem Bestand noch mehrere Häuser hinzugefügt. Außerdem besitzt er jetzt ein eigenes Geschäftsauto.

Überhaupt mehrt sich die Zahl der Gärtnereien mit Auto täglich, und es ist schon gar nicht mehr möglich, aus den Berichten unserer Gauleitungen alle die betr. Firmen aufzuführen. Wenn man z. B. auf dem Stuttgarter Markte die vielen Gärtnerautos sieht, staunt man geradezu. Es handelt sich dabei keineswegs nur um Geschäftswagen, sondern vielfach um Privat- und Luxusautos, so z. B. bei den Firmen Pfitzer-Cannstatt, Münz-Waiblingen, ferner bei Sander-Tornesch, Pein-Halstenbek, Rother-Berlin-Zehlendorf usw., von Motorrädern ganz zu schweigen. Dazu kommt dann noch die sonstige Erneuerung der Betriebe an Fenstern, Decken, Brettern, Regenanlagen, Bodenfräsen u. dgl. So besitzt z. B. die Rosenschule Teschendorff in Dresden-Cossebaude einen Raupenschlepper, der pro Tag 50 - 60 000 Niederrosen und 30 000 zweifährige Fließerveredlungen ausgräbt. Auch in den Quedlinburger Samengroßbetrieben erobern sich diese Schlepper immer mehr das Feld. Die Firma David Sachs läßt z. B. durch einen solchen einen fünfsharigen Pflug ziehen, der einen Tiefgang bis zu 90 cm erzielt.

Man könnte noch so mancherlei aufzählen, aber das würde zu weit führen. Deshalb wollen wir nur noch erwähnen, daß die Großbaumschule Paul Hauber in Dresden-Tolkemitz vom 4. bis 8. September d. J. eine eigene Ausstellung von Baumschulartikeln, Obst, Gemüse, Blumen und Bedarfsartikeln veranstaltete. Gewiß kein Zeichen des Niederganges!

Oder ist vielleicht die Mittelmeerreise der Herren Münch & Haufe-Dresden-Leuben ein Zeichen dafür? Oder vielleicht die Spritzfahrt des Herrn Bernstiel-Potsdam-Bornstedt zum deutschnationalen Parteitag in München?

Bemerkenswert ist auch, daß z. B. die ostpreußischen Baumschulen fast nichts mehr selbst heranziehen, sondern alles zukaufen. Ähnliches wird uns auch von dortigen Handelsgärtnern berichtet. Damit wollen wir für heute die Liste abschließen, weitere Ergänzungen behalten wir uns vor.

Ausbeutung und Seelenleben.

Recht interessant sind mitunter Eisenbahngespräche sogenannter „satter Bourgeois“. Da kann man eine Philosophie aufschnappen, die in bezug auf Unkenntnis der Volksseele nicht mehr zu überbieten ist. Man hört da von Vergnügungssucht, Demoralisation und Materialismus der breiten Massen, und wenn man dann das alles genügend durchgekaut hat, landet man beim Schlußrefrain: Die Arbeiter von heute verdienen eben zu viel, wie wir jung waren, da gab's für den ganzen Monat 40 M., und wir mußten von früh bis spät abends schuffen, aber nun haben wir's auch geschafft!

Was wissen wohl jene Leute von den Schrecknissen der Arbeitslosigkeit, von den Sorgen ums Alter? Aus ihnen klingt nur Neid und noch viel mehr Unverstand, denn wenn die Masse der Arbeiter nichts verdient, kann sie nichts kaufen, und das Wirtschaftsleben wird gelähmt. Vielleicht leuchtet aber auch Haß aus jenen Worten: Man will es nicht verstehen, daß der Arbeiter, der die Werte schafft, dasselbe, wenn nicht gar ein größeres Recht zum Leben und Mitgenießen der Kulturgüter hat, als der faule Schlemmer, man möchte ihn mit den schärfsten Druckmitteln an seinem Aufstieg hindern, ihn dauernd in seiner Helotenrolle belassen, weil man um seine geheiligten Profite und die ererbte Macht des Mammons bangt.

Da kommen gerade zur rechten Zeit sehr beachtliche Ausführungen eines Theologen Karl Kübner, der als Arbeiter in eine Fabrik ging, um sich aus eigener Anschauung ein Bild über die Wirkung der sozialen Lage der Arbeiter auf ihr Seelenleben zu machen. Er kommt zu dem Ergebnis, daß der heutige Lohn bei dem größten Teil der Industriebevölkerung kaum für die aller notwendigsten Lebensbedürfnisse ausreicht. Nur selten sei es möglich, einem begabten Arbeiterkind ein Handwerk oder einen höheren Beruf lernen zu lassen, weil dadurch der ganzen Familie auf Jahre hinaus unerschwingliche Opfer auferlegt werden. Weiterhin könne es kaum ein Arbeiter dahin bringen, sich ein Häuschen zu bauen und soviel Geld aufzusparen, um seinem Alter ruhig entgegenzusehen. Stets bleibe ihm die unheimliche Aussicht, eines Tages arbeitsunfähig und ungesichert dazustehen, trotzdem er das ganze Jahr fast ohne Unterbrechung arbeite. Hinzu kommen noch vielfach schlechte, die Gesundheit des Arbeiters wie seiner Familie untergrabende Wohnungsverhältnisse sowie eine oft gesundheitsschädliche Beschäftigung und einseitige mechanische Arbeitsweise. Letztere besonders sei für den Arbeiter von den schlimmsten Wirkungen, indem sie den Menschen gegenüber den künftigen Automaten in den modernen Industriebetrieben zu einem schlechten Ersatz für einen Maschinenteil herabdrücke.

Diese äußeren Verhältnisse müssen — wie Kübner richtig bemerkt — auf das Innenleben der Arbeiter einwirken. Jeder Mensch erwarte von seinem Lebensberuf ein gutes Auskommen für sich und seine Familie sowie die schließliche Sicherstellung seines Alters. Daneben soll der Lebensberuf allen Fähigkeiten die man besitzt, die Möglichkeit zur Entfaltung bieten. Beides sei aber dem Fabrikarbeiter unmöglich gemacht. Die Folgen davon treten denn auch in größtem Umfange zutage. Es sei falsch, anzunehmen, daß der Arbeiter bei seiner ganz mechanischen Maschinenarbeit allen möglichen interessanten Dingen nachzudenken imstande ist. Er selbst habe — drei Monate lang mit der gleichen Arbeit an einer Stanze beschäftigt — den Versuch dazu unternommen. Er sei ihm aber mißlungen, nicht nur weil dadurch die Arbeitsleistung zurückging, sondern auch die Gefahr eines Unfalls eintrat, der ihm leicht die Hand kosten konnte. So lasse selbst die mechanische Arbeitsweise ein Denken des Arbeiters nicht zu, obwohl bei ihm hierfür ein ungestillt bleibender Trieb vorhanden sei. Dadurch werden alle Fragen, die den Arbeiter anfangs bewegen, langsam abgetötet, bis er schließlich einer schauerlichen Stumpfheit allen wichtigen Dingen gegenüber verfallt, eine ungeheure Gefühlsverrohung eintrete, daneben sich aber bei ihm auch der Klassenhaß entwickle.

Dieses Gefühl werde durch die Lage des Arbeiters erzeugt und gesteigert. Wenn endlich ein paar Sonnenstrahlen an einem herrlichen Sommertag zu seinem düsteren Arbeitsplatz hereinströmen, wenn er auf dem Heimweg an den Schaufenstern, voll mit notwendigen für ihn aber unerschwinglichen Dingen vorüberkommt, wenn er am Sonntag einen Gang durch die Felder machen kann, dann steige immer aufs neue in ihm das Bewußtsein auf, versklavt zu sein. Der höchste Grad der Verbitterung werde aber erreicht, wenn der Arbeiter an sich selbst wahrnehme, wie er allem Dasein gegenüber immer stumpfer werde und in sittlicher Beziehung immer tiefer in den Sumpf gerate. Wer das Leben an der Maschine und in den Bergwerken sowie die dadurch geschaffene Atmosphäre kenne, der wisse, daß die Entwicklung in der Richtung

vielischen Verkommens bei der Arbeiterschaft mit wachsender Geschwindigkeit fortschreite und immer mehr Menschen mit sich reiße, alle die aber, welche noch nicht so tief gesunken sind, glückliche Ausnahmen bilden.

Jedes weitere Wort würde die Wirkungen nur abschwächen.

Die Berliner Rechtsanwälte und das Arbeitsgerichtsgesetz.

Am 30. Oktober hatten sich die Berliner Rechtsanwälte zahlreich versammelt, um zu dem Arbeitsgerichtsgesetzentwurf Stellung zu nehmen. Vertreter der Behörden, der Richterverbände und der Gewerkschaften waren ebenfalls anwesend. Es handelte sich natürlich um den Ausschluß der Rechtsanwälte in der ersten Instanz, so wie ihr der Gesetzentwurf in voller Übereinstimmung mit den Arbeitern und Angestellten aller Richtungen vorsieht.

Fünf Berichtersteller waren dazu berufen worden, die unbedingte Notwendigkeit der Zulassung der Rechtsanwälte, am liebsten ausschließliche Zulassung zu fordern, zu vertreten und zu begründen. Rechtsanwalt Saenger-München (sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter), Richter Dr. Schmink-Bremen, Prof. Dr. Nipperdey-Köln, Justizrat Sauer-Köln und Prof. Dr. Swoboda-Graz tuteuten alle in dasselbe Horn. Sie wollen im „Recht“ nur die „Wahrheit“ suchen, dieses Recht und diese Wahrheit sollen die alleinige Domäne der Richter und der Rechtsanwälte sein. Die Unternehmer und die Arbeiter sind dazu ungeeignet. Besonders die Gewerkschaften wollten das Arbeitsgerichtsgesetz durch die Vorenthaltung der Parteiververtretung für die Unorganisierten dazu benutzen, diese Unorganisierten zu zwingen, Gewerkschaftsmitglieder zu werden. Dagegen wollen die Rechtsanwälte die „Freiheit“ der Unorganisierten verteidigen. Die Gewerkschaften hätten kein Recht zu ihren Forderungen, da die Mehrzahl der Arbeiter nicht Mitglieder der Gewerkschaften seien. Bei der Gegnerschaft der Gewerkschaften gegen die Zulassung der Rechtsanwälte spiele die Angst der Gewerkschaftssekretäre, „ihre Stellung zu verlieren“, eine Rolle. Ein Rechtsanwalt äußerte, wenn das Arbeitsgerichtsgesetz, so wie es der Entwurf vorsehe, verabschiedet werde, müsse der Reichsjustizminister zurücktreten, da er das „Recht“ nicht an Laien ausliefern lassen dürfe.

Das waren die „Hauptargumente“. Ein Vertreter der Richter sagte den Rechtsanwälten die vollste Unterstützung der deutschen Richter in diesem Kampfe zu; er gab der Hoffnung Ausdruck, daß dafür die Rechtsanwälte für die Eingliederung der Arbeitsgerichtsbarkeit in die ordentlichen Gerichte Seite an Seite mit den Richtern kämpfen würden. Ein Vertreter der „Bauernvereine“ dankte den Rechtsanwälten für ihren mannhaften Kampf, der auch im Interesse der notleidenden Landwirtschaft liege, die das Geld, um an den Gerichtsort zu fahren, nicht aufbringen könne (aber natürlich die Mittel hat, um die Rechtsanwälte zu bezahlen). Die alte Zeit müsse wieder kommen, wo man nicht mehr „Landwirtschaftsgehilfinnen“, sondern wieder „Dienstmägde“ habe. Die „sozialen Gesetze“ müsse man alle abschaffen.

Diesen Unsinn hörte sich die Elite der deutschen Rechtsanwälte, die weltstädtischen Rechtsanwälte, ruhig an. Kein Protest wurde laut. Dem Redner wurde sogar am Schlusse seiner „Ausführungen“ frenetischer Beifall gesendet. Und die anwesenden sozialdemokratischen Anwälte sagten zu alledem kein Wort. Sie vertraten sogar durch ihren Kollegen Saenger ausdrücklich die „Ansicht“ der anderen. Vom Arbeitsrecht, vom Gewerkschaftsrecht, vom Denken und Fühlen der Arbeiter und Angestellten verspürte man in dieser Versammlung keinen Hauch. Nur den anwesenden Gewerkschaftsvertretern aller Richtungen standen die Haare zu Berge.

Das zu schaffende Arbeitsgerichtsgesetz wird die Verhältnisse aller Arbeiter, Angestellten und der Gewerkschaften sehr einschneidend berühren. Die Gewerkschaften werden alle Energie aufwenden müssen, um drohende Gefahren zu bannen. Dabei müssen die Gewerkschaften die Rechtsanwälte und Richter als ihre Gegner ansehen. Glücklicherweise sind die Arbeiter und Angestellten aller Gewerkschaftsrichtungen darin einig, daß die Rechtsanwälte in der ersten Instanz nicht notwendig, sondern eine Gefahr sind. Die vollkommene Richtigkeit dieser Auffassung hat die Versammlung der hauptstädtischen Rechtsanwälte erneut bewiesen.

Aus dem Gartenbauausschuß für die Provinz Brandenburg.

In der Sitzung v. 25. Nov. wurde zuerst über das Ergebnis der Lehrprüfungen 1925 berichtet, das wir an anderer Stelle wiedergeben. Dann referierte Gartenbaudirektor Groben über die Tagung der Fachabteilung für Gärtnerei der Hauptlandwirtschaftskammer. Von den vielen dort erörterten Gegenständen interessiert uns besonders die Stellungnahme der Unternehmer zu den Zöllen, der Erwerbslosenfürsorge und dem endgültigen Reichswirtschaftsrat (RWR.). Man hatte nämlich in bezug auf erstere gesagt, daß sie im Hin-

blick auf die hohen Industriezölle viel zu niedrig wären; man müßte deshalb entweder die gärtnerischen Zölle noch erhöhen oder die industriellen abbauen. Wir haben diese komische Taktik der Ratlosigkeit schon wiederholt glossiert. Bezüglich der Erwerbslosenfürsorge wünschte man Anlehnung an die Bestimmungen für die Landwirtschaft, d. h. Befreiung von den Beiträgen, und betr. des RWR. hatte man die gänzliche Ausschaltung der Gärtnerei empört zurückgewiesen.

In der Aussprache über diesen Punkt verwies Reinhold nochmals kurz auf die verteuerte Wirkung der Zölle auch auf die Erzeugnisse der Gärtnerei, die sicherlich eine Absatzstockung, kurz, eine Krisis hervorrufen werde. Dann befaßte er sich eingehend mit der furchtbaren Geißel der Arbeitslosigkeit, die vor allem auch die arbeitnehmenden Gärtner an der Peripherie der Großstädte bedrohe, und forderte restlose Anwendung der Versicherungspflicht auch auf die Gärtnerei. Betr. des RWR. betonte er, daß der Landwirtschaftsimmel der Garten-Bauern automatisch zu ihrer Ausschaltung geführt habe. Man könne — wenn die Sache nicht so ernst wäre — den Unternehmern diesen Reifall nur gönnen. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Dann beschäftigte sich der Ausschuß mit dem kläglichen Ergebnis der Obergärtnerprüfung. Reinhold trug verschiedene Wünsche der Obergärtner vor und forderte dann, daß alle Betriebsinhaber oder -Leiter vor der Anerkennung ihres Betriebes als Lehrwirtschaft die Obergärtnerprüfung ablegen müßten, um zu beweisen, daß sie mindestens dasselbe wüßten, was man von ihren Pflegebefohlenen verlange. Die Aussprache ergab, daß keine große Neigung dafür bestand, doch konnte man sich auch nicht ganz den zwingenden Gründen verschließen. Weiter kritisierte Redner, daß bei der Anerkennung von Lehrwirtschaften die Arbeitnehmervertreter nur noch selten herangezogen würden. Verschiedene Redner bemängelten, daß die Firma Späth 18 und die Gärtnerlehranstalt Oranienburg 12 Lehrlinge habe, hier müßte Ordnung geschaffen werden. Weiter wurde beschlossen, verschiedene Lehrgänge abzuhalten und die restlose Erfassung aller Gärtnereien zur Gartenbauberufsgenossenschaft herbeizuführen. Der sonstige Beratungstoff dürfte hier weniger interessieren.

Lehrlings- und Bildungswesen

Gärtnerlehrlingsprüfungen.

Oberfranken.

Die Kreisbauernkammer Oberfranken hielt im Oktober zu Bamberg die diesjährige Herbstprüfung ab.

An der Prüfung haben 10 Lehrlinge teilgenommen, von denen sechs die Note „fast gut“ und zwei die Note „befriedigend“ erhielten. Zwei Lehrlinge haben die Prüfung nicht bestanden.

Auf Grund der bei der Prüfung gemachten Wahrnehmungen wird allen Gärtnerlehrlingen in ihrem eigensten Interesse die Führung eines Tagebuches und der Besuch einer gärtnerischen Fachklasse oder eines Lehrkurses dringend empfohlen.

Brandenburg.

Gesamtergebnis der Lehrlingsprüfungen 1925.

Geprüft wurden:	1925 I	1925/II	insgesamt	
	211	70	281	
	%	%	%	%
davon bestanden:				
mit sehr gut . . .	6 = 2,84	2 = 2,86	8 = 2,85	
mit gut	14 = 6,64	8 = 11,43	22 = 9,04	
mit ziemlich gut . . .	39 = 18,48	7 = 10	46 = 14,24	
mit genügend . . .	106 = 50,24	39 = 55,71	145 = 52,97	
nicht bestanden . . .	46 = 21,80	14 = 20	60 = 20,90	

Schlesien.

In Schlesien wurden geprüft 271 (1924 = 314) Lehrlinge in 91 (99) Prüfungen. Folgende Gesamtergebnisse wurden den Prüflingen zuerkannt: mit sehr gut 22 (23) Lehrlinge = 8% (8%), mit gut 138 (177) = 51% (56%), mit genügend 106 (108) = 39% (39%), mit ungenügend 5 (6) = 2% (2%), zus. 271 (314) Lehrlinge. Unter den 271 (314) Prüflingen sind 13 (12) weibliche = 5% (4%). Die Prüflinge mit dem Ergebnis „ungenügend“ bestanden die Prüfung nicht.

Ergebnis der Obergärtnerprüfungen 1925.

Brandenburg.

Gemeldet waren 27, hiervon traten 4 freiwillig zurück, 5 beantragten Zurückstellung zu einer späteren Prüfung; zur Ablegung der Prüfung wurden nicht zugelassen: a) wegen ungenügender Kenntnisse 7, b) wegen Nichteinreichung der erforderlichen Arbeiten 3. Zur Ablegung der mündlichen Prüfung wurden 8 zugelassen. Von diesen Prüflingen bestanden: mit gut 1, mit ziemlich gut 1, mit genügend 4, nicht bestanden 1; von der mündlichen Prüfung zurückgetreten 1.

Rundschau

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützungssätze.

Der Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten beschloß, auf Grund eines Berichtes der Reichsregierung über Besprechungen mit den Ländern, sich zur Erwerbslosenfürsorge über folgende Fragen schlüssig zu werden:

1. Erhöhung der Unterstützungssätze,
2. Wiedereinführung der Kurzarbeiterunterstützung,
3. Bestimmungen über die Dauer der Unterstützung,
4. Einbeziehung der Angestellten in die Fürsorge.

Bei der Aussprache über die Erhöhung der Sätze beantragten die Kommunisten eine Erhöhung um 100 Proz., die Sozialdemokraten um 50 Proz., ein demokratischer Antrag verlangt 33 1/3 Proz. Erhöhung, während ein Antrag des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei 30 Proz. für die Hauptunterstützungsempfänger vorsieht.

Ermäßigung der Lohnsteuer.

Bei Verabschiedung der letzten Lohnsteueränderung im Reichstag wurde ein Antrag der Sozialdemokratie angenommen, daß die Reichsregierung verpflichtet sei, einen Gesetzentwurf über Senkung der Lohnsteuer vorzulegen, wenn die Einkünfte aus letzterer einen gewissen Betrag überstiegen. Dieser Fall ist jetzt eingetreten. Der Steuerausschuß des Reichstages beschäftigte sich eingehend mit der Erhöhung der steuerfreien Grenze von 80 auf 100 Mark monatlich. Die sozialdemokratischen Abgeordneten verlangten außerdem eine wesentliche Erhöhung des Familienabzuges und eine Vereinfachung des Abzugsverfahrens. Ein Unterausschuß wird die Angelegenheit so klären, daß die Senkung bereits am 1. Januar 1926 in Kraft treten kann.

Warnung vor Zuzug nach Hamburg.

Der Ortsausschuß Groß-Hamburg des ADGB. bittet die gesamte deutsche Arbeitnehmerpresse, vor Zuzug von Arbeitskräften nach dem Wirtschaftsgebiet Groß-Hamburg zu warnen. Im groß-hamburgischen Wirtschaftsgebiet sind rund 40 000 bodenständige Arbeitnehmer beschäftigungslos. In den Heuerlisten der Wasserkante sind etwa 18 000 Seeleute als erwerbslos angezeigt. Das Baugewerbe hat eine außergewöhnlich hohe Zahl von Erwerbslosen. Die Beschäftigungsmöglichkeit in der Werftindustrie ist selbst für erfahrene Werftarbeiter gleich null. Tausende von kaufmännischen und technischen Angestellten beiderlei Geschlechts sind seit Wochen und Monaten ohne Beschäftigung.

Politik und Gewerkschaften.

Der schwarz-gelbe Gärtnerverband behauptet öfter gegenüber denen, die nicht alle werden, mit bekannter Wahrheitsliebe, daß die freien Gewerkschaften durch Politisieren zersetzt würden. Er hofft dadurch Mitglieder zu fangen.

Da ist es vielleicht ganz zweckmäßig, auf einen Bericht über eine Ausschusssitzung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften in deren Zentralblatt Nr. 22 hinzuweisen, in dem es heißt:

„Die christliche Gewerkschaftsbewegung könne in ihrer Stoßkraft weit stärker sein, wenn nicht die Parteipresse immer wieder neue Konflikte schaffe... Scharf gezeißelt wurde das unehrliche Treiben im Stahlhelm. Nicht minder... das Verhalten von Leuten aus dem eigenen Lager, deren positives Wollen sich nur gering abhebt gegenüber dem Negieren und Kritisieren...“

Also, warum immer erst vor anderer Leute Türe kehren, wenn man vor der eigenen genug zu fegen hat!!

4,6 Millionen Mark Lohnsteuer zurückgezahlt.

Nach dem Ausweis des Reichsfinanzministeriums sind bis zum September rund 4,6 Millionen Mark Lohnsteuer zurückgezahlt worden. Das ist ein schöner Erfolg sowohl der Arbeit der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die diese Bestimmungen in das Gesetz brachte, als auch der Mitarbeit der Funktionäre, die es übernommen haben, den Steuerpflichtigen beim Stellen der Anträge behilflich zu sein.

Gleichwohl ist die Summe der Erstattungen, gemessen an dem gewaltigen Aufkommen der Lohnsteuer, noch verhältnismäßig klein. Wenn bisher nicht mehr erstattet worden ist, so liegt das einmal daran, daß noch immer bei weitem nicht alle Steuerpflichtigen von ihrem Recht Gebrauch gemacht haben. Sodann sind aber vor allem die Erstattungen wegen besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse neben den Erstattungen infolge Verdienstaussfall nicht genügend berücksichtigt worden. Gerade aus diesen Erstattungen lassen sich aber noch große Summen herausholen, und gerade hierfür bedarf es der weiteren Mitarbeit aller Funktionäre, weil es hier noch mehr darauf ankommt, daß im Antrag die Notlage des einzelnen Falles besonders eindringlich geschildert wird. Da die Frist für diese Anträge ebenfalls mit dem 31. Dezember abläuft, müssen die nächsten Wochen ausgenutzt werden. Wo die Zeit nicht ausreicht, um die Belege zu beschaffen, empfiehlt es sich, die Anträge zunächst ohne die Belege rechtzeitig einzureichen und die Belege später nachzusenden.

Neben der Ermäßigung der Lohnsteuer im Wege nachträglicher Erstattung darf aber schließlich nicht die Möglichkeit vergessen werden, die Lohnsteuer für das folgende Jahr von vornherein zu ermäßigen. Diese vorherigen Ermäßigungen erfolgen durch eine Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums, sowie der Pauschsätze für Werbungskosten und Sonderleistungen, und zwar ebenfalls nur auf Antrag. Jedoch sind diese Erhöhungsanträge an keine Frist gebunden, sondern können jederzeit gestellt werden.

Bekanntmachungen

Danzig. Die hiesige Ortsverwaltung hat eine Fachschule für Gärtnergehilfen ins Leben gerufen. Der Unterricht begann am Sonnabend, den 28. November, abends 6 Uhr in der städtischen Gewerbeschule zu Danzig. Er findet fortlaufend an jedem Sonnabend in der Zeit von 6—8 Uhr abends statt. Zur Behandlung gelangen folgende Fächer: 1. Spezialkulturen, 2. Planzeichnen, 3. Bodenkunde und Düngerlehre. Das Eintrittsgeld richtet sich nach der Zahl der Teilnehmer. Der Besuch wird jedem empfohlen. Die Ortsverwaltung.

Halle a. S. Durch Schiedsspruch wurden die am 18. Juli 1925 vereinbarten Löhne für die Landschaftsgärtnerei ab 1. November 1925 um 5 Pf. pro Stunde und Staffel erhöht.

Der Allg. Deutsche Gärtner-Kalender 1926 ist erschienen

Unentbehrlich für jeden strebsamen Fachmann. — Seit 20 Jahren überall eingeführt und beliebt. — Enthält zahlreiche Tabellen über Obst-, Rosenarten, Düngung, Schädlingsbekämpfung. — Bestimmungen über Obergärtner- und Lehrlingsprüfungen. — Anerkennung der Lehrbetriebe, Formeln zur Berechnung von Flächen, Raum für tägliche Eintragungen usw. — Preis nur 1,10 M., zuzügl. 10 Pf. Porto (Nachnahme 20 Pf. mehr). Zu beziehen durch die Haupt- und Gauverwaltungen des Verbandes.

Das Arbeitsergebnis einer wissenschaftlichen Kommission ist Dr. med. F. Schultheiss' „Haemasal“. Es führt dem Blute hochwertige Nährsalze zu und bewirkt dadurch eine Blutreinigung und eine damit verbundene Nervenstärkung. Wir verweisen auf die Beilage in dieser Nummer unseres Blattes; lesen Sie diese Beilage in Ihrem Interesse genauestens, da Sie auf Wunsch umsonst und portofrei eine Probeschachtel dieses ausgezeichneten Mittels erhalten.

Ich offeriere

- nur beste Qualitäten, minderwertige Ware führe ich nicht
- | | | |
|------------|---|------------|
| Nr. | Breite | Mk |
| 106 | Baumwolltuch, ungebleicht, gute Sorte, 70 cm | 0,75 |
| 120 u. 121 | Hemdentuch, weiß, gute u. beste Qualität, 81 cm | 0,90, 1,07 |
| 122 | Hausleinen, gebleicht, sehr stark, 80 cm | 1,25 |
| 00 | Sporthemden, beste Qualität, 70 cm | 0,85 |
| 2-6 | Hemdenleinen, Strapazierware für Männerhemden, 70 cm | 0,98 |
| 2-7 | Hemdenleinen, Körper Ia, allerbeste Qualität | 1,25 |
| 208 | Blautuch für Schlusseranzüge u. Schürzen 70 cm | 1,- |
| 209 | Schürzenstoff, dunkelblau gestreift, 115 cm | 1,45 |
| 210 | Bett-Inflett, federlicht, das Beste auf diesem Gebiete, 126 cm | 3,50 |
| 211 | Bett-Überzüge, gestreift und geblümt, 130 cm | 1,95 |
| 300 | Handtücher, weiß, Eiersternkorn, sehr strapazierbar, 43 cm | 0,70 |
| 500 | Schlafwolldecken mit kleinen Webfehlern, nur solange Vorrat, 2,50 | |
- Versand erfolgt per Nachnahme von 10 Mk. an, von 20 Mk. an portofrei. Kein Risiko. Wenn meine Ware trotz der Güte nicht entspricht, nehme ich sie anstandslos zurück und zahle den vollen Betrag zurück.
Lisette Hering, Weiden Opt. 23

Perfekter Gärtner

für hochherrschaftliche Villa im Harz per sofort gesucht. Auskömmliches Gehalt und geräumige Wohnung wird zur Verfügung gestellt. Bedingung ist, daß die Frau des Bewerbers im Haushalt mithilt und tunlichst perfekt kochen kann, sowie vorzügliche Empfehlungen. Zuschriften sind zu richten unter J. K. 13164 an Rudolf Mosse, Berlin SW 19



**Leiterwagen
Tafelwagen
Rungenwagen
Schneeschuhe
Rodelschlitzen**

stabilster Bauart, billigste Preise. Preislist. auf Wunsch gratis und franko.

Sirangfeld & Knoch
G. m. b. H.
Lübben (Lausitz) 34

Helmarbelt vergibt
P. Hölter, Breslau Hb.

J. Fritz Scharpf

Flumenzwiebeln, Dahlien- u. Gladiolen-Kulturen
Glip / Meemsiede / (Holland)

Verlangen Sie kostenfrei unser Spezial-Eng. über Edel-Dahlien, Gladiolen und sonstige Frühjahrsachen. Nur prima Qualität. Ziel wird gerne eingeräumt.

Donnerwetter!



Was tu' ich bloß, um mich weiter fortzubilden?

Halt! Ich habs!

Ich werde noch heute durch Postkarte das

Gärtnerei-Fachblatt

bestellen.

SALAT-SAMEN

Holl. Tuiners Nachb. Batenburg gebe ich zu folgenden Preisen ab:

1 kg	100 gr	10 gr	1 Pr.
40.— M.	7.— M.	1.20 M.	0,50 M.

Desgleichen empfehle ich von demselben Züchter:
Tomaten-Samen „Tackwood“
nur von Treibhausfrüchten geerntet
100 gr 10.— M. 10 gr 2.— M. 1 Pr. 1.— M.
Alles in garantiert sortenechter Qualität. Versand gegen Nachnahme.
GÄRTNEREI LIEDTKE, LEISCHIN, BRANDENBG.

Berrottelten Dung

umständelbarer weit unter Preis sofort abzugeben
**H. Tabbert, Fuhrgeschäft
Berlin O 17
Mühlen-Strasse 60-61
Königsstadt 2842**

Dünger Großhandl.

**Max Janja, Blm. NO 55,
Preussauer Allee 106**
liefert: Stalldung waggono, künstliche Düngemittel, Torfmüll, Düngelkalk. Spezialität: Kompost, Stalldung gemahlt. Seit 30 Jahren bew. für Wärmereien, Privat- und Schrebergärten. Probebeutel M. 2.— franko Stückgut und Postversand. Preise auf Anfr.

Ausnahme - Offerte!

In Ia prima gesunder und wüchsiger Ware.
Hochst. Apfel, Birnen u. Kirschchen pro % M. 240, extra M. 280
Säbste Apfel, Birnen u. Kirschchen pro % M. 165, extra M. 185
Wätsche Apfel 2/3l., 3/4l. pro % M. 120 und 150, Birnen 2/3l., 3/4l. M. 150, 210, Kirschchen, Schattenmorellen 2/3l., 3/4l. pro % M. 90 und 120; extra feste und Sächer pro % M. 250, Pfäulmen 2/3l. pro % M. 180, Centrales Schmirnbäume: Apfel 2/3l., 3/4l. pro % M. 120 u. 150 Birnen 2/3l., 3/4l. pro % M. 150 und 210
Wagerichte Apfel 2 arg. pro % M. 195, Spal.-Apfel und Birnen pro % M. 165 und 195
Stachelbeerenfr. pro % M. 50, Johannisbeerenfr. pro % M. 21-42
Hochst. Stachel- und Johannisbeeren pro % M. 180
Hierträucher u. Gebüße, auch a. Treiben pro % M. 48-120
Fliederfr. und Stämme vereb. pro % M. 180-450
Selbstklimmer Weitsi und Engelmanni pro % M. 70
Ferner alle anderen Baumshulartikel billigt auf Anfrage.
Schwächere gesunde wüchsige z. B. 30% billiger.
W. Matolepszy, Baumshulen, Granfer i. H., Secur. 106

Frisches Tannengrün Schürzenstoff

einige Waggons noch abzugeben; empfehle mich zur Kieierung für Weihnachtsbäume, jede Größe. **August Gajzer, Reulenberg, Zbitz.**



Tölpelchen Harmonika

Harmonika-, Sprechapparate-Fabrikation. Niedrigste Fabrikpreise. Schallpl. 2,50 M
**Ernst Feh Nachf., Begründet 1872
Klingenthal Sa. 516. Groß Katalog grat**

BUTTERS
Qualitätswerkzeuge
sind weltberühmt. Man verlange in Samen-u. Geräthehandlungen nur Werkzeuge der Firma
**Oskar Botter Gartewerkzeugfabrik
BAUTZEN**
wo nicht erhältlich, ab Fabrik Preislisten zu Diensten

Kakteen

in Sorten nach meiner Wahl mit Namen in kräftigen Pflanzen % 30 M., stärkere 60 M., starke 100 bis 300 M. Versand gegen Nachnahme

**Gärtnerei Liedtke,
Leischin (Brandenburg)**